Freitag, 21. August 2026, 15:00 Uhr
~11 Minuten Lesezeit

Ihr kriegt uns nicht!

Ein Schülerbündnis organisiert einen Streik gegen die Einführung einer neuen Wehrpflicht in 2026.

von Das Gewerkschaftsforum
Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (Prokopiev Yuri, Gus Andrade, Khosro)

Kriegstüchtigkeit, Aufstockung der Truppenstärke, Wiedereinführung der Wehrpflicht – ja, nein, vielleicht ein bisschen … Die Gehirne großer Politikstrategen laufen heiß, wenn es darum geht, die

*Militarisierung des Landes voranzutreiben. Die potenziellen Soldatinnen und Soldaten – junge Menschen, die ihr Leben noch vor sich und keinerlei persönlichen Streit mit „den Russen" haben – werden in diesem Zusammenhang nur als Verfügungsmasse gesehen. Man kann sie beliebig hin- und herschieben wie Kegel auf dem Brett eines Strategiespiels, kann sie in den Tod schicken oder sie gnädigerweise noch eine Weile leben lassen. Diese Art des Umgangs mit heranwachsenden Bürgern ist entwürdigend und brandgefährlich. Häufig sind es eher die Älteren, die sich gegen das Verfeuern ihrer Kinder in unnötigen und grausamen Kriegen zu wehren versuchen: „Nein, meine Söhne gebe ich nicht." Aber wie stehen die unmittelbar Betroffenen selbst dazu? Zum Glück gibt es jetzt eine Schüler-Streikbewegung, die dem Zugriff der offenbar in einem Wahn gefangenen Älteren einen Riegel vorschieben will: „Nein, für Eure sinnlosen Kriege gebe ich mein Leben nicht." Ein Beitrag zur Sonderausgabe „**Wehrdienst und Militarisierung** (https://www.manova.news/sonderausgaben/9)".*

von Phil Werring und Andrea Hornung

Am 18. /19. Juli 2026 fanden sich in Essen über 220 Schülerinnen und Schüler aus ganz Deutschland zur dritten Schulstreikkonferenz zusammen. Es sollte ein Wochenende voller Programm werden, mit Grußwörtern, Workshops und der Diskussion einer Abschluss-Resolution über die nächsten Schritte der Bewegung. Der nächste Schulstreik ist nun für den 25. September 2026 vorgesehen. Wir

dokumentieren euch hier dazu einen Bericht von Phil Werring, der dem bundesweiten Schulstreikbündnis angehört. Außerdem dokumentieren wir euch die dort verabschiedete Resolution.

Quelle, Bild und weitere Infos: Schulstreiks gegen die Einführung einer neuen Wehrpflicht in 2026: Ihr kriegt uns nicht! | Nie wieder Krieg! (https://nie-wieder-krieg.org/2026/07/31/schulstreik-2026/)

Am 81. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus streikten Schülerinnen und Schüler zuvor bereits in ganz Deutschland zum dritten Mal gegen die Wehrpflicht. Dazu gibt es einen Bericht von Andrea Hornung, Bundesvorsitzende der SDAJ, aktiv in der Initiative ‚Nie wieder Krieg — Die Waffen nieder'. Wir dokumentieren euch zudem ihre Rede beim Schulstreik in Göttingen. Außerdem dokumentieren wir euch zwei Pressemitteilungen der Schulstreikbewegung, die noch am 8. Mai verschickt wurden. Davon befasst sich eine besonders mit den staatlichen Repressionen bei diesem Schulstreik. Insbesondere in München. Ebenfalls findet ihr auf dieser Seite die Berichte von der Schulstreikkonferenz, die zuvor am 18. und 19. April in Göttingen stattfand. In diesem Zusammenhang auch das Grußwort unserer Initiative auf dieser Konferenz sowie den dort gefassten Beschluss betreff weiterer Aktivitäten der Schulstreikbewegung.

Bericht von der Schulstreikkonferenz am 18. und 19. Juli in Essen

Am 18. /19. 7 2026 fanden sich in Essen über 220 Schülerinnen und Schüler aus ganz Deutschland zur dritten Schulstreikkonferenz zusammen. Es sollte ein Wochenende voller Programm werden, mit Grußwörtern, Workshops und der Diskussion einer Abschluss-Resolution über die nächsten Schritte der Bewegung. So eröffnete das Schulstreikkomitee Hamburg mit einem Grußwort den ersten Tag der Konferenz. Sie berichteten über die erfolgreichen Schulhofkundgebungen, die als Protest gegen den Veteranentag stattfanden und trotz Repressionen der Schulleitung und Polizei zeigen konnten, dass wir diese Militarisierung und Werbung für die Bundeswehr nicht ohne Widerstand hinnehmen. Das Schulstreikkomitee Berlin berichtete über den großen Streik in Berlin am 8. Mai und über ihre Arbeit in den verschiedenen Komitees, welche über die Schulen in der ganzen Stadt verteilt sind.

Mit kämpferischen Worten versetzte das örtliche Streikkomitee den ganzen Saal in Applaus und motivierte die Aktiven für den weiteren Kampf und den nächsten Streiktag der Bewegung. Ein Grußwort des Fachbereichs C der ver.di Ruhr-West zeigte die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes von SchülerInnen und ArbeiterInnen gegen die Militarisierung und Kriegsvorbereitung auf. Auch die BezirksschülerInnenvertretung in Essen solidarisierte sich mit den Streikenden, kritisierte die Aufrüstung der Bundesregierung und den Eingriff in die Grundrechte Jugendlicher. Den Abschluss machte ein Aktiver der italienischen SchülerInnengewerkschaft „Rete della Conoscenza“, der über die Militarisierung und die Pläne der italienischen Regierung zur Wiedereinführung der Wehrpflicht berichtete. Er betonte dabei immer wieder die Wichtigkeit von unserem Kampf in Deutschland, welcher als Vorbild für die Jugend in Italien und weltweit dient.

Für die Initiative „Nie wieder Krieg“ hielt Yusuf As einen Vortrag über die fortlaufende Militarisierung und die Interessen Deutschlands hinter der Kriegsvorbereitung und Wiedereinführung der Wehrpflicht. In der anschließenden Diskussion wurde klar, dass unser Kampf sich auch gegen die immer häufiger auftretenden Besuche von Jugendoffizieren in Schulen richten muss. Dafür müssen die Streiks verbreitert und auch mehr SchülerInnen in den gemeinsamen Kampf gegen die Wehrpflicht und Kriegsvorbereitung eingebunden werden. Auch der Schulterschluss mit den Gewerkschaften, Lehrkräften, Eltern und der schon bestehenden Friedensbewegung ist zentral für den Erfolg dieses Kampfes.

Gestärkt vom Mittagessen, gab es dann eine große Anzahl an Workshops, die über „Umgang mit Repressionen“, „Schule ohne Bundeswehr“, die Rechte von SVen und wie diese gegen die Bildungsunterfinanzierung und Bundeswehrwerbung an Schulen kämpfen können, auch über historische Kämpfe der Jugend gegen Krieg berichteten, sich darüber austauschten und diskutiert haben. Auch wurde darüber gesprochen, wie man stärker migrantische

SchülerInnen für den Streik gewinnen kann und auch wie es überhaupt ist, bei der Bundeswehr zu sein. In der zweiten Runde ging es dann viel über die Außenwirkung der Streiks, vom Online-Auftritt, zur Gestaltung von Schildern und Plakaten, How to Pressearbeit und wie man auch nach der Schulzeit aktiv bleiben kann. Außerdem gab es verschiedene Argumentationstrainings, um besser mit seinen MitschülerInnen in Diskussion zu kommen.

Über den Abend des ersten Konferenztages und dem zweiten Konferenztag wurde umfangreich über die nächsten Schritte der Schulstreik-Bewegung diskutiert. So wurde schließlich eine Resolution unter dem Namen „Nie wieder Krieg — Wir werden die Wehrpflicht verhindern!“ mit großer Mehrheit verabschiedet. Neben dem nächsten Streiktag, der am 25.9. stattfinden soll, wurde auch die Teilnahme an den Sozialprotesten des DGB am 26.9 sowie an der Kundgebung am 2.10. in Berlin unter dem Motto „Unzwingbar — Kein Bock auf Krieg und Wehrpflicht!“ und den großen Friedensdemonstrationen am 3.10. in Berlin und Stuttgart beschlossen. Anschließend soll am 4.10. ein Jugendkongress gegen Krieg stattfinden, um sich weiter auszutauschen und die Jugend-Bewegung gegen die Wehrpflicht und Kriegsvorbereitung zu stärken. Mit bundeswehrfreien Schulen soll der Kampf auch in die Schulen getragen werden, um der Kriegsvorbereitung und der Rekrutierung der Bundeswehr einen weiteren Strich durch die Rechnung zu machen.

Damit fand die Konferenz ihren erfolgreichen Abschluss. Jetzt gilt es, den nächsten Streik am 25.9. vorzubereiten und den Kampf gegen die Wehrpflicht und Militarisierung in die Schulen zu tragen.

Resolution der Schulstreikkonferenz am 18. und 19. Juli 2026 in Essen

Nie wieder Krieg! Wir werden die Wehrpflicht verhindern!
Resolution der III. Schulstreikkonferenz am 18. /19. Juli 2026

> ***Seit Januar werden „Wehrdienst-Erfassungsbögen“ an alle 18-Jährigen verschickt, nächstes Jahr sollen die Musterungen beginnen. Die Bundesregierung droht mit der Wehrpflicht, wenn ihnen die Zahlen derjenigen, die sich freiwillig melden, nicht reichen. Doch wir wollen nicht zur Wehrpflicht gezwungen werden und nicht in den Krieg ziehen.***

Das zeigen 99,82 Prozent der Jugendlichen, die trotz Fragebogen nicht zum Wehrdienst wollen — 28 Prozent der Männer haben ihn sogar ignoriert, obwohl ihnen Bußgelder drohen. Das zeigen die drei Schulstreiks gegen die Wehrpflicht mit rund 50.000 Teilnehmer:innen und das zeigen die Aktionen gegen den Veteranentag in ganz Deutschland. Wir kämpfen weiter gegen die Wehrpflicht und Militarisierung! Wir werden noch aktiver …

1.

… denn wir wollen keine verpflichtenden Fragebögen, Bußgelder, Musterungen, keine Schaffung von Musterungszentren im ganzen Land und keine geplante Eingliederung des Bundesfreiwilligendienstes in den Kriegsdienst. Sie sind Mittel, um die Wiedereinführung der Wehrpflicht und so einen weiteren von Deutschland ausgehenden Krieg vorzubereiten.

2.

… denn wir wollen nicht 180 Tage unseres Lebens aufgeben, um in einer Kaserne zu Drill und Gehorsam erzogen zu werden. Durch Jugendoffiziere an Schulen, Werbung und indem man uns mit mehr als 2000 Euro im Monat und einem kostenlosen Führerschein lockt, soll die Bundeswehr normalisiert werden.

> ***Sie verkaufen uns den Kriegsdienst als „Abenteuer“, während wir wissen, dass uns Zwang, Erniedrigung, Sexismus, Rechtsextremismus und Rassismus erwarten. Nach der Wehrpflicht bleiben wir unser Leben lang Reservist:innen, können Jahrzehnte zu Kriegsübungen und zum Krieg gezwungen werden.***

3.

… denn wir wollen nicht in einen Krieg ziehen, in dem wir auf junge Menschen aus anderen Ländern schießen sollen, die genauso wie wir nicht in den Krieg ziehen wollen, die genauso wie wir Ängste und Hoffnungen haben und eine Zukunft wollen, die genauso wie wir von diesem Krieg nichts zu gewinnen und alles zu verlieren haben. Mit einer Wehrpflicht sollen wir als Kanonenfutter ausgebildet, in den Schützengraben gezwungen werden. Krieg kostet uns das Leben, während Konzerne wie Rheinmetall Rekordprofite machen.

4.

… denn wir wollen nicht zur Waffe gezwungen werden, damit Deutschland „erneut die führende Militärmacht Europas“ (Brandter, Bündnis 90 /Die Grünen) und die Bundeswehr „zur stärksten konventionellen Armee Europas“ wird (Merz, CDU und Pistorius, SPD). Wofür diese Führungsmacht steht, sehen wir, wenn die deutsche Regierung Waffen an Israel liefert und sich zum Mittäter an der Vernichtung und Vertreibung des palästinensischen Volkes macht, wenn sie zu illegalen Angriffskriegen wie dem gegen Iran schweigt oder sie unterstützt. Die Bundeswehr steht für die Sicherung und Erkämpfung von Handelsrouten und Einflusssphären statt für die Interessen der breiten Bevölkerung.

5.

… denn wir merken die Kriegsvorbereitung jetzt schon, wenn Milliarden über Milliarden in die Aufrüstung gesteckt werden,

während unsere Schulen und Unis kaputtgespart werden, unsere Löhne sinken und in der Gesundheit und im sozialen Bereich immer mehr gekürzt wird. Jeden Panzer, jede Rakete bezahlen wir mit kaputten Schulen und Sozialkürzungen. Wir lernen in heruntergekommenen Gebäuden, mit veraltetem Material und von überlasteten Lehrkräften. Auch nach der Schule gibt es kaum noch eine sichere Perspektive. Kaum ein Betrieb bildet mehr aus oder übernimmt Azubis.

> ***Es erwarten uns zu niedrige Löhne bei steigenden Lebenshaltungskosten und Massenentlassungen. Auch studieren wird immer mehr zum Luxus. Zudem erwartet uns zukünftig nicht einmal eine Rente oder Schutz im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit. All dies nutzt die Bundesregierung, indem sie die Bundeswehr als einzige Alternative für heutige Jugendliche bietet.***

Nicht nur die Wehrpflicht zwingt viele von uns an die Waffe, sondern auch die steigende Perspektivlosigkeit.

6.

...denn wir wehren uns zusätzlich gegen jede Form von Zwangsdiensten, die entweder als scheinheiliger „Ersatz“ zur Wehrpflicht präsentiert werden oder im Sinne des Grundgesetz Artikel 12a im „Verteidigungsfall“ eingefordert werden können. Hier richten wir uns auch gezielt gegen den Sanitäts- und Lazarettdienst, der von Frauen im Kriegsfall ausdrücklich gefordert werden kann.

7.

...denn unsere Streiks und Aktionen können etwas bewegen. Die Schulstreiks gegen Wehrpflicht sind heute nicht mehr wegzudenken. Das sehen wir, wenn die Kriegsdienstverweigerungszahlen jetzt nicht mehr veröffentlicht werden. Das sehen wir, wenn die Medien einfach nicht fassen können, dass wir uns selbst für unsere Interessen organisieren

können und deswegen behaupten, wir seien unterwandert oder „linksextrem“! Wir sind Schüler:innen, die sich in einem breiten Bündnis gegen Wehrpflicht, Aufrüstung und Krieg engagieren. Teil dieses Bündnisses können alle sein, die es aufrichtig mit dem Kampf gegen die Wehrpflicht meinen.

> ***Es wird versucht, uns mit Schuleinsperrungen während Streiks, Verboten von Schulhofkundgebungen und Anzeigen wegen Demoparolen einzuschüchtern. Doch dadurch lassen wir uns nicht abhalten und antworten mit weiteren Aktionen und Streiks!***

Um der Wehrpflicht etwas entgegenzusetzen, werden wir:

1. **Am Freitag, den 25.09., den nächsten Schulstreik gegen die Wehrpflicht organisieren!** Damit werden wir in der Woche des Weltfriedenstags gemeinsam aktiv und streiken während der groß angelegten Militärübung Red Storm Charlie in Hamburg, die zur Kriegsvorbereitung dient.

2. **An der Demonstration „Nein zu Hochrüstung, Wehrpflicht und Krieg!** Für Frieden, demokratische Rechte und soziale Sicherheit!“ am 3.10. in Berlin und Stuttgart teilnehmen. Am 2.10. beteiligen wir uns an der Konzertkundgebung „Unzwingbar — Kein Bock auf Krieg und Wehrpflicht!“ in Berlin! Danach wollen wir am 4.10. beim Jugendkongress gegen Krieg in Berlin voneinander lernen und gemeinsam Perspektiven entwickeln.

3 **Wir stören Bundeswehrauftritte und schaffen Schulen ohne Bundeswehr!** Dazu versuchen wir Umfragen, Infoveranstaltungen und Unterschriftensammlungen durchzuführen, Beschlüsse durch Abstimmungen auf Schulhofkundgebungen, S(M)Ven, Schüler:innenvollversammlungen oder Schulkonferenzen zu fassen und uns den Jugendoffizieren bei Schulbesuchen in den Weg zu stellen. Damit wir das schaffen, bauen wir an jeder Schule lokale Streikkomitees auf, in denen wir praktisch lernen, uns dort zu organisieren, wo wir uns täglich aufhalten, um zusammen mit unseren Mitschüler:innen die Militarisierung zu verhindern. Wir wollen mit jedem Streikkomitee mit mindestens einer dieser Aktionen aktiv werden. **Den Kampf gegen die Kriegsvorbereitung mit den sozialen Kürzungen in Verbindung stellen!** Deshalb beteiligen wir uns an den bundesweit stattfindenden Demonstrationen und Protestaktionen gegen die Sozialkürzungen. Zu unserem nächsten Streiktag laden wir darum Redner:innen aus den Gewerkschaften des DGB ein und solidarisieren uns mit den bundesweit geplanten Aktionstagen gegen die Sozialkürzungen am 26.09.

4 **Uns vernetzen und verbreitern!** Unser Kampf geht alle was an — deshalb stärken wir den Austausch mit Studierenden, Auszubildenden, Lehrer:innen, Eltern, Gewerkschaften und der Friedensbewegung und kommen zusammen in Aktion.

5 **Wir vernetzen uns auch über Deutschland hinaus — denn den Kampf gegen Wehrpflicht und Militarisierung müssen wir über Ländergrenzen hinausführen!** Am 20. November führen wir einen Aktionstag in Deutschland durch, weil dort auch Organisationen aus anderen Ländern gegen Aufrüstung, Krieg und Wehrpflicht aktiv werden.

6 **Am 14./15.11. führen wir (beispielsweise in Bonn) die IV. Schulstreikkonferenz durch**, um weitere Schulstreiktage, Aktionen und Orientierungen zu diskutieren, zu beschließen und uns weiter zu vernetzen.

Nein zur Wehrpflicht!

> ***Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft!***

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Beitrag erschien zuerst unter dem Titel „**Schulstreiks gegen die Einführung einer neuen Wehrpflicht in 2026: Ihr kriegt uns nicht!** (https://gewerkschaftsforum.de/schulstreiks-gegen-die-einfuehrung-einer-neuen-wehrpflicht-in-2026-ihr-kriegt-uns-nicht/%23more-27590)“ im ***Gewerkschaftsforum*** *(https://gewerkschaftsforum.de)*.

Das **Gewerkschaftsforum** ist ein Internetjournal, das sich vorrangig mit gewerkschaftlichen Themen, aber auch mit sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen kritisch auseinandersetzt. Es wurde Ende 2013 von Gewerkschaftsaktivisten in Dortmund gegründet und möchte auf die Interessen der Mächtigen aufmerksam machen, den gewerkschaftlichen Kampf der Beschäftigten begleiten und den immer leiser

gewordenen erwerbslosen und armen Menschen eine Stimme geben. Weitere Informationen unter **gewerkschaftsforum.de** (https://gewerkschaftsforum.de).